

Die Sprecher der Fraktionen im Ausschuss für Soziales  
im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises  
CDU, B90/Die Grünen, SPD, FDP, Linke

Herrn Minister  
MdL Manfred Lucha  
Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg  
Else-Josenhans-Straße 6  
70173 Stuttgart

Heidelberg, den 13. Oktober 2020

Sehr geehrter Herr Minister Lucha,

wir wenden uns an Sie mit einem Anliegen zum Schutz der Freiheitsrechte der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen.

In der jüngsten Sitzung des Sozialausschusses des Kreistages des Rhein-Neckar-Kreises erstattete die Leiterin der Heimaufsicht den alljährlichen Bericht über die Ergebnisse der Prüfung und berichtete in diesem Zusammenhang, dass in zwei Fällen Strafanzeigen gestellt werden mussten.

Eine davon richtete sich gegen freiheitsentziehende Maßnahmen ohne richterliche Genehmigung. Die Staatsanwaltschaft hatte die Verfolgung jedoch mit der Begründung eingestellt, dass den Betroffenen kein Schaden entstanden sei.

Die Einstellung der Verfahren ist unseres Erachtens eine Missachtung der Freiheitsrechte der Betroffenen.

Wir haben als Mitglieder des Kreistags ein öffentliches Interesse an der Verfolgung derartiger Verstöße.

Unseres Erachtens ist die Durchführung einer rechtswidrigen freiheitsentziehenden Maßnahme ein Schaden an sich. Das Freiheitsrecht jedes Menschen, auch in einer Pflegeeinrichtung, umfasst auch, sich in Gefahr zu begeben. Die Aufgabe der Einrichtung wiederum besteht in dieser Situation in der fachlichen Bewertung und Abwägung des Risikos eines drohenden Schadens und der Suche nach Alternativen hierzu, also geeigneter und rechtlich zulässiger Schutzmaßnahmen. Schätzt sie dennoch das Risiko eines Schadens hoch ein und hält eine freiheitsentziehende Maßnahme für sinnvoll, ist ggf. richterliche Zustimmung einzuholen.

Wir schätzen es hoch, dass im Weg der Erörterung zwischen Einrichtungen, Angehörigen und Gerichten dieser Weg der fachlichen und rechtskonformen Suche nach Alternativen die Freiheitsrechte von Bewohnern in Pflegeeinrichtungen gewahrt und gestärkt werden. Demgegenüber müssen kommerzielle Erwägungen außer Acht bleiben.



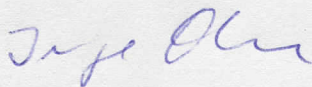
Die Sprecher der Fraktionen im Ausschuss für Soziales  
im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises  
CDU, B90/Die Grünen, SPD, FDP, Linke

Als Mitglieder des Kreistags haben wir einen politischen Auftrag der Öffentlichkeit, hierfür einzutreten und die Heimaufsichtsbehörde zu unterstützen, ihren fachlichen Auftrag umzusetzen.

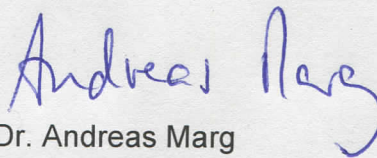
Die Einstellung von Verfahren mangels öffentlichem Interesse oder anderen nicht belegten Gründen schwächt die Position der Heimaufsicht und macht diese zu einem „stumpfen Schwert“. Damit wird künftigen rechtswidrigen freiheitsentziehenden Maßnahmen der Boden bereitet, und dem wollen wir rechtzeitig entgegentreten.

Wir bitten und hoffen um Ihre Unterstützung.

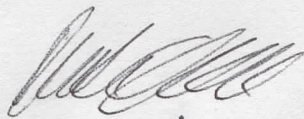
Freundliche Grüße aus dem Rhein-Neckar-Kreis



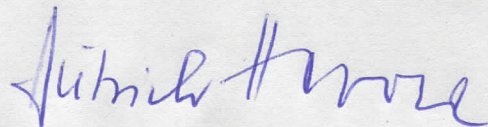
Inge Oberle  
CDU-Kreistagsfraktion



Dr. Andreas Marg  
B90/Die Grünen--Kreistagsfraktion



Renate Schmitt  
SPD--Kreistagsfraktion



Dietrich Herold  
FDP-Kreistagsfraktion

Detlev Gräser  
Die Linke--Kreistagsfraktion

